

Gesundheitssektor wehrt sich gegen geplante Reform der Krankenpflegerausbildung

„Reform muss vom Tisch“



Anne-Marie Hanff (Anil): „Uns ist wichtig, dass die Reform zu einer Verbesserung in der Praxis führt.“

POLITIK & GESELLSCHAFT / MICHÈLE GANTENBEIN

Gut 350 Protestierende hatten sich gestern auf dem hauptstädtischen Knuedler eingefunden, um sich gegen die geplante Reform der Krankenpflegerausbildung zur Wehr zu setzen. Acht Berufsverbände aus dem Gesundheitssektor hatten zu der Kundgebung aufgerufen und wurden von den Gewerkschaften OGBL und LCGB, der Studentenunion Unel und der Patientevertriedung unterstützt.

Die Protestaktion stand im Zusammenhang mit der öffentlichen Anhörung zur Petition 1811, die gestern um 16 Uhr im Cercle Cité stattfand. Théo Duhamel hatte die Petition lanciert. Der Student am Lycée technique pour professions de santé (LTPS) absolviert gerade seine Ausbildung zum Krankenpfleger und fordert, dass die aktuelle BTS-Ausbildung zugunsten einer einzigen Bachelorausbildung abgeschafft wird.

Nun sieht die Reform tatsächlich eine Krankenpflegerausbildung auf Bachelor-

Niveau vor. An sich also eine gute Sache, weil es der Forderung aus dem Gesundheitssektor entspricht. Allerdings soll die bisherige BTS-Ausbildung (Brevet de techniciens supérieur) am LTPS fortgeführt werden. Hinzu kommt eine dritte Ausbildung, die sich „Infirmier plus“ nennt.

Gebastels à la luxembourgeoise

Für die Berufsverbände ist das „Gebastels“, inkohärent und nicht durchdacht. Drei verschiedene Ausbildungen mit unterschiedlichen Kompetenzzuschreibungen führe zu Ausbildungs- und Orientierungschaos, ist Gilles Evrard, Vorsitzender der Association luxembourgeoise des enseignants pour professions de santé (Aleps) überzeugt – vom Fachpersonal, das fehle, um die parallel laufenden Ausbildungen sicherzustellen, ganz zu schweigen. „Man sieht, dass die Reform von Menschen ausgearbeitet wurde, die keine Praxiserfahrung haben“, sagt er.

Dabei haben die Berufsverbände mit der Regierung über ihre Reformideen gesprochen und von Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) sogar Unterstützung zugesagt bekommen. Das sagt zumindest Gilles Evrard. Doch auch die Aussagen der Vertreter der Krankenpflegervereinigung (Anil) gehen in diese Richtung. Die Anil hatte Gespräche mit mehreren Regierungsvertretern, sogar Premierminister Xavier Bettel (DP) war dabei. Über das nun vorliegende Modell war die Anil überrascht und enttäuscht, „weil es Elemente enthält, von denen wir von vorneherein gesagt haben, dass sie in der Praxis schwer umsetzbar sein werden“, so die Vorsitzende der Anil, Anne-Marie Hanff. „Uns wurde wieder einmal nicht zugehört.“

Die Berufsverbände befürchten das totale Durcheinander. Auch der OGBL spricht von einer Chaos-Reform. „Wenn wir drei verschiedene Ausbildungswege mit verschiedenen Kompetenzzuschreibungen haben, weiß in der Praxis niemand, wer was machen darf“, sagt Céline Conter vom LCGB. Seit 2017 habe der OGBL mit den Berufsverbänden an einer Reform gearbeitet, „die sich in keiner Form in dem nun vorliegenden Modell widerspiegelt“, sagt Pit Bach vom OGBL. Das Projekt müsse vom Tisch und die Regierung im Sozialdialog mit den Akteuren ein neues und kohärentes

Modell ausarbeiten, so der OGBL-Vertreter.

Regierung bleibt hart

Dazu wird es aber nicht kommen. Das wurde gestern zum Schluss der öffentlichen Anhörung klar, als die beiden Minister Paulette Lenert (Gesundheit, LSAP) und Claude Meisch (Hochschule, DP) zu dem Anliegen und der Diskussion über die Petition Stellung bezogen. Nichts konnte sie überzeugen. Weder der Druck auf der Straße, noch die Argumente derjenigen, die sich für die Abschaffung des BTS stark machten.

Auf den ersten Blick könnte man sagen: Ist nicht weiter tragisch. Die BTS-Ausbildung wird – wie angekündigt – bis 2028 weiter angeboten. Anschließend werden die beiden Ausbildungswege evaluiert und der BTS gegebenenfalls abgeschafft. Das Argument der Regierung: Nicht jeder ist bereit oder in der Lage, einen Bachelor zu machen. Schafft man den BTS ab, riskiert man, weniger junge Menschen auszubilden und das könne man sich angesichts des hohen Bedarfs an Krankenpflegern nicht leisten, so Claude Meisch.

96 Prozent wollen den Bachelor

Théo Duhamel sieht das anders. Er hat bei den Schülern am LTPS eine Umfrage durchgeführt. Über 96 Prozent hätten geantwortet, dass sie einen Bachelor einem BTS vorgezogen hätten, wenn es diese Möglichkeit gegeben hätte.

Klar stellt sich die Frage, was tun mit Schülern, die in der Pflege arbeiten wollen, aber den Bachelor nicht schaffen? Die Berufsverbände haben dazu ein Stufenmodell ausgearbeitet, das einen Pflegeberuf auf allen Ebenen des Schulsystems vorsieht und bei dem die Ausbildungen aufeinander aufbauen, so dass die Möglichkeit besteht, sich von ganz unten bis zum Master weiterzubilden, wie Gilles Evrard im Plenum erklärte. Diese Kohärenz fehlt den Berufsverbänden in der Reform.

Paulette Lenert beschränkte sich in ihrer Stellungnahme auf generelle Aussagen zu den Arbeiten im Rahmen des Gesundheitstisches und zum Ziel, alle

Gesundheitsberufe zu modernisieren und die Ausbildungen entsprechend anzupassen. Was die Krankenpflegerausbildung und die während der Debatte aufgeworfenen Punkte betraf, hielt sie sich zurück und überließ Claude Meisch dieses Feld. Der ließ keinen Zweifel daran, dass er an der BTS-Ausbildung festhalten wird, obgleich in den Gesprächen mit der Anil mehrere Regierungsmitglieder sich für ein Auslaufen des BTS ausgesprochen haben sollen, wie Marie-France Liefgen von der Anil eine Woche nach Ankündigung der Reform gegenüber dieser Zeitung gemeint hatte. An Meischs Haltung änderte auch der gestern veröffentlichte Meinungsbeitrag von zwei LSAP-Vertreterinnen – Lisa Kersch, Tochter von Vizepremier Dan Kersch, und Tina Koch – nichts. Sie hatten sich auf die Seite der protestierenden Organisationen gestellt und werfen Claude Meisch vor, sich vor einer Akademisierung des Pflegeberufs zu drücken. Dass LSAP-Ministerin Paulette Lenert die Reform mitträgt, findet in dem Beitrag allerdings keine Erwähnung.